

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat IV

Beteiligung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit  
Dezernat IV, Bürgeramt

Betreff:

### Einrichtung eines Partizipationsforums

# Beschlussvorlage

#### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 21. Dezember 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausländerrat/Migrationsrat	23.10.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	14.11.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	29.11.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	13.12.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	18.12.2012	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Ausländerrat/Migrationsrat und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

*Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Form der Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates gewählt werden soll, wird ein Partizipationsforum eingerichtet. Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro moderiert.*

**Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Angebot Fa. imap GmbH <b>Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!</b>
A 02	Übersicht weiterer Anbieter für die Durchführung eines Partizipationsforums <b>Vertraulich – Nur zur Beratung in den Gremien!</b>

## **Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 23.10.2012**

**Ergebnis:** abgelehnt

*Ja 03 Nein 07 Enthaltung 03*

# Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.11.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.11.2012

## 1 **Einrichtung eines Partizipationsforums** Beschlussvorlage 0426/2012/BV

Stadträtin Prof. Dr. Schuster stellt gleich zu Beginn den  
**Geschäftsordnungsantrag**

Der Tagesordnungspunkt wird in den nächsten Haupt- und Finanzausschuss vertagt.

Als Begründung erläutert sie, die Beschlussvorlage sei im Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) abgelehnt worden, aus dem Beschlusslauf seien jedoch die Gründe für die Ablehnung nicht ersichtlich. Ihr wäre es daher wichtig, in der nächsten Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung dem Vorsitzenden des AMR die Möglichkeit zu geben, sich hierzu zu äußern.

Bürgermeister Erichson berichtet aus der Sitzung des AMR und erklärt, ein Partizipationsforum würde von Seiten des AMR nur dann unterstützt, wenn es rein um Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei einer Direktwahl gehe. Andere Vorschläge, wie zum Beispiel die Bestellung der Mitglieder durch den Gemeinderat, sollen nicht ergebnisoffen diskutiert werden. Daher sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt worden. Er weist darauf hin, dass bei einer Vertagung der Vorlage das Problem entstehe, dass die von der Stadt ausgewählte Firma die Kapazitäten nicht mehr länger freihalten könne und somit nicht mehr zur Verfügung stehen werde.

Stadtrat Cofie-Nunoo spricht sich klar gegen eine Vertagung aus. Er habe mit dem Vorsitzenden des AMR, Herrn Allimadi, gesprochen und könne dessen Argumente nicht nachvollziehen. Er habe Herrn Allimadi daher empfohlen, in den eigenen Reihen für mehr Akzeptanz für dieses ergebnisoffene Verfahren zu werben.

Oberbürgermeister Dr. Würzner betont, auch er unterstütze das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren und halte es für wichtig, dass dieses jetzt beschlossen werde.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster **zieht** aufgrund der Aussprache ihren  
**Geschäftsordnungsantrag zurück.**

Auf Nachfrage von Stadträtin Stolz bestätigt Oberbürgermeister Dr. Würzner, dass die Mittel für dieses Verfahren im Haushaltsentwurf bereits enthalten seien.

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

*Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Form der Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates gewählt werden soll, wird ein Partizipationsforum eingerichtet. Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro moderiert.*

**gezeichnet**

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung  
*Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4*

## Sitzung des Gemeinderates vom 29.11.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.11.2012

### 12 **Einrichtung eines Partizipationsforums** Beschlussvorlage 0426/2012/BV

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dotter, Stadtrat Gund, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Dr. Meißner

Stadträtin Deckwart-Boller spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen für die Einrichtung eines Partizipationsforums aus, da der Diskussionsprozess die Möglichkeit biete, den Ausländer- und Migrationsrat (AMR) „breiter aufzustellen“.

Da sich der AMR aber gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausgesprochen habe, **beantragt** Stadträtin Dotter

die Zurückverweisung des Tagesordnungspunktes in den Ausländer- und Migrationsrat.

Bürgermeister Erichson spricht sich gegen die Zurückverweisung aus und begründet dieses. Er führt unter anderem aus, dass die Zurückverweisung kein Votum des AMR, sondern des AMR-Vorstandes sei, die Mehrheit des AMR in der Meinung klar sei, dass kein ergebnisoffenes Partizipationsforum gewünscht werde, das in der E-Mail des AMR-Vorstandes vom 26.11.2012 vorgeschlagene er als Diskussionsgrundlage für das Partizipationsforum werte, es sich um einen offenen Prozess handle und es daher keine erneute Sitzung des AMR benötige. Er erwarte vom AMR, dass er sich in das Forum mit einbringe. Die Beraterfirma könne nicht monatelang „hingehalten“ werden, da sie Kapazitäten für Heidelberg möglich gemacht, ein günstiges Angebot unterbreitet hätte und die entsprechenden Haushaltsmittel dafür vorhanden seien.

Der Oberbürgermeister ruft den **Antrag** zur Abstimmung auf:

Der Tagesordnungspunkt wird in den Ausländer- und Migrationsrat zurückverwiesen.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 16 : 12 : 9 Stimmen**

Bürgermeister Erichson teilt mit, dass damit das Verfahren neu ausgeschrieben werden müsse, da das Beratungsinstitut sein Angebot aus Kapazitätsgründen nur bis zum 15.12.2012 aufrechterhalten könne.

Stadtrat Dr. Gradel beanstandet, dass Bürgermeister Erichson die Information über die Frist 15.12.2012 erst nach der Abstimmung mitgeteilt hat.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt zu, prüfen zu lassen, ob der Fristablauf endgültig sei.

gezeichnet  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** verwiesen in den Ausländerrat / Migrationsrat  
*Ja 16 Nein 12 Enthaltung 9*

## Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 13.12.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates / Migrationsrates vom 13.12.2012

### 4 Einrichtung eines Partizipationsforums

Beschlussvorlage 0426/2012/BV

Das Beratungsergebnis zur Beschlussvorlage aus der Sitzung des Gemeinderates vom 29.11.2012 wird den anwesenden Mitgliedern des Gremiums als Tischvorlage ausgeteilt.

Herr Bürgermeister Erichson wirbt dafür, im Rahmen eines Partizipationsforums öffentlich über Rolle, Funktion und die Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates zu diskutieren. Zu dieser Diskussion seien sämtliche Heidelberger Migrantenselbstorganisationen sowie alle an der Entstehung des Kommunalen Integrationsplanes Beteiligten eingeladen.

Herr Bürgermeister Erichson modifiziert den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung, der als **neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung** behandelt werden soll:

Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Struktur des Ausländerrates / Migrationsrates und welche Form der Bestellung die bestmögliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet, wird ein Partizipationsforum eingerichtet. Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro unter Mitwirkung des Ausländerrates / Migrationsrates moderiert.

Anschließend begründet Herr Bürgermeister Erichson jenen neuen Beschlussvorschlag:

Der neue Beschlussvorschlag der Verwaltung präzisiert das Anliegen des vorgeschlagenen Prozesses, ein Forum für die Diskussion über Aufgaben, Struktur und inhaltliche Ausrichtung des Ausländerrates / Migrationsrates zu finden und dadurch die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg zu verbessern. Eine Direktwahl des Ausländerrates / Migrationsrates als Ergebnis dieses Prozesses werde nicht ausgeschlossen, eine Diskussion über die Form der Bestellung des Gremiums dürfe jedoch nicht ausgeklammert werden.

Sowohl die Verwaltung als auch der Ausländerrat / Migrationsrat seien in einem solchen Forum Partei, von daher müsse dieser Prozess extern moderiert werden. Aufgrund einschlägiger Erfahrungen und Referenzen zu dieser Thematik sei das seitens der Verwaltung favorisierte Institut besonders für die Durchführung des vorgeschlagenen Prozesses geeignet.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn Verwaltung und Ausländerrat / Migrationsrat sich gemeinsam diesem ergebnisoffenen Prozess öffneten und dem Gemeinderat einen gemeinsamen Beschlussvorschlag für die Einrichtung eines Partizipationsforums unterbreiteten.

In der anschließenden Aussprache hierzu melden sich zu Wort:

Herr Miranda Araya, Frau Martial, Frau Amhari, Herr Allimadi, Frau Terzi, Herr Butt, Herr  
Bürgermeister Erichson

Folgende Aspekte werden im Wesentlichen angesprochen:

- Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern allein Aufgabe des Ausländerrates / Migrationsrates als demokratisch legitimiertes Gremium, interne Strukturen zu verbessern.
- Es dürfe keine Konfrontation zwischen Verwaltung und Ausländerrat / Migrationsrat entstehen, ein Kompromiss sei der Sache dienlich.
- Eine Strukturdiskussion müsse zwar geführt werden, das direkte Wahlrecht als zentrales, demokratisches Grundrecht für Menschen mit Migrationshintergrund dürfe dabei jedoch nicht angetastet werden. Das Partizipationsforum solle mit dem Ziel eingerichtet werden, eine Wahl des Ausländerrates / Migrationsrates 2014 durchzuführen.
- Im Rahmen eines Partizipationsforums sollte die Rolle des Ausländerrates / Migrationsrates präzise definiert, und dieses Gremium etwa bei Fragen des Prozessverlaufs aktiv entscheidungsberechtigt mit einbezogen werden.
- Die Federführung eines Partizipationsforums müsse deutlich verortet und die Rolle des Ausländerrates / Migrationsrates definiert werden.

Abschließend stellt der Vorsitzende Herr Allimadi den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

***Neuer Beschlussvorschlag der Verwaltung:***

*Der Ausländerrat / Migrationsrat empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

*Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Struktur des Ausländerrates / Migrationsrates und welche Form der Bestellung die bestmögliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet, wird ein Partizipationsforum eingerichtet.*

*Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro unter Mitwirkung des Ausländerrates / Migrationsrates moderiert.*

gezeichnet

Michael Mwa Allimadi  
Vorsitzender Ausländerrat / Migrationsrat

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung abgelehnt  
*Ja 02 Nein 09 Enthaltung 06*

## Sitzung des Gemeinderates vom 18.12.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2012:

### 12 **Einrichtung eines Partizipationsforums** Beschlussvorlage 0426/2012/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf den neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung hin, der in der Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates (AMR) am 13.12.2012 abgelehnt und heute als Tischvorlage verteilt wurde.

#### Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dr. Meißner, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Werner-Jensen

In der kurzen Diskussion werden unter anderem folgende Punkte angesprochen:

- Es fehle die inhaltliche Diskussion im AIC (Ausschuss für Integration und Chancengleichheit)
- Die Direktwahl des AMR soll nicht in Frage gestellt werden, deshalb lehnt der AMR das Partizipationsforum ab.
- Es wird als schwierig angesehen, gegen das Votum des AMR zu stimmen.
- Im Partizipationsforum soll gemeinsam überlegt werden, wie der AMR in Zukunft noch besser arbeiten könne. Sollte am Ende dieses Prozesses eine Wahl favorisiert werden, so werde kein Mitglied des Gemeinderates dagegen stimmen. Deshalb sollte dem Forum zugestimmt werden.
- Im Gesamtpaket der Änderungsanträge seien bereits Mittel für eine eventuelle Wahl bereitgestellt.
- Ergebnisoffen dürfe nicht bedeuten, die Wahl des AMR abzuschaffen.

Bürgermeister Erichson macht darauf aufmerksam, dass bereits heute die Hälfte des Gremiums bestellt und nicht gewählt werde. Es sei den Mut wert, im Forum darüber zu diskutieren, was für ein Modell aufgegriffen werden könne, um möglichst viele Menschen am AMR teilhaben zu lassen. Ferner weist er darauf hin, dass die Vorlage nicht mit einer fachlichen Vorgabe der Verwaltung diskutiert werden sollte, sondern ergebnisoffen mit der ausländischen Community. Des Weiteren sei von Experten in der Sitzung des AMR bestätigt worden, dass das Forum für ein geeignetes Instrument gehalten werde, um gemeinsam zu überlegen, nach welchem Modell im Jahr 2014 der AMR gebildet werde und welche Strukturen dieser haben könne.

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt den im Ausländerrat/Migrationsrat am 13.12.2012 abgelehnten **neuen Beschlussvorschlag der Verwaltung** zur Abstimmung.

**Beschluss des Gemeinderates:**

*Zur Vorbereitung der Entscheidung, welche Struktur des Ausländerrates / Migrationsrates und welche Form der Bestellung die bestmögliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gewährleistet, wird ein Partizipationsforum eingerichtet. Das Partizipationsforum wird durch ein externes Beratungsbüro unter Mitwirkung des Ausländerrates / Migrationsrates moderiert.*

**gezeichnet**

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** mehrheitlich beschlossen  
*Ja 28 Nein 7 Enthaltung 6*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3		<p>Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern</p> <p><b>Begründung:</b> Durch den breit angelegten Diskussionsprozess werden Transparenz, eine wertschätzende und zielführende Dialogkultur und mehr Akzeptanz gefördert.</p> <p><b>Ziel/e:</b></p>
QU 6		<p>Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen</p> <p><b>Begründung:</b> Mit dem Partizipationsforum sollen Leitgedanken und Forderungen aus dem KIP (gleiche Teilhabe für alle, Stärkung der Teilhabe am kommunalen Leben) erfüllt werden. Das beinhaltet auch die Chance eines Einflusses auf politische Entscheidungen.</p> <p><b>Ziel/e:</b></p>
DW 4		<p>Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern</p> <p><b>Begründung:</b> Das Partizipationsforum bietet eine Chance für eine noch effizientere Vertretung aller Interessen der in Heidelberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und damit bessere Integration unter Beachtung der interkulturellen Vielfalt.</p>

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

### 1. Warum ein Partizipationsforum?

Der Ausländerrat / Migrationsrat der Stadt Heidelberg hat in seiner 20-jährigen Geschichte viele wichtige Impulse für die kommunale Integrationsarbeit geleistet. Für den zukünftigen Erfolg dieses Gremiums soll nun in einem umfassenden Diskussionsprozess darüber initiiert werden, wie die kommunale Vertretung und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden können.

#### Wahlbeteiligung:

Die Wahlbeteiligung ist von Wahl zu Wahl, trotz engagierter Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Infostand bei den Interkulturellen Tagen, Wahlposter, Infolyer), drastisch zurückgegangen. Lag sie 1994 noch bei 20,1 %, ging sie im Jahr 1999 auf 9,1 %, im Jahre 2004 auf 7,4 % und im Jahre 2009 auf 5,9 % zurück. Dies entspricht einer Zahl von 671 Wählerinnen und Wählern, wovon 190 per Briefwahl abstimmten.

In der Vergangenheit wurde die geringe Zahl von Wahllokalen für die schwache Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. Die Wahlberechtigten wurden immer darauf

aufmerksam gemacht, dass sie in den zehn Bürgerämtern in den Stadtteilen vier Wochen vor der Wahl Briefwahlunterlagen beantragen und die Wahl auch sofort ausüben können.

Eine Erhöhung der Anzahl von Wahllokalen oder die Unterbringung in den Wahllokalen für die Kommunalwahl lässt sich aus wahlrechtlichen Gründen nicht umsetzen. Insbesondere würde bei einer Wahlbeteiligung von weniger als 50 Wählerinnen und Wähler je Wahllokal der Grundsatz des Wahlgeheimnisses verletzt werden und die Wahl damit anfechtbar machen.

Auch die Einführung einer reinen Briefwahl brachte zum Beispiel bei der Stadt Mannheim nicht die gewünschte höhere Wahlbeteiligung. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass bei der Migrationsratswahl im Jahre 2000 per Urnenwahl eine Wahlbeteiligung von 14,5 % erreicht werden konnte und 2004, bei der ausschließlich durch Briefwahl gewählt werden konnte, lediglich eine Wahlbeteiligung von 10,7 % festgestellt werden konnte.

Die Städte Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Esslingen, die bisher ein Gremium für ausländische Bürgerinnen und Bürger durch Wahl bestimmt haben, haben auf eine Bestellung der Mitglieder durch den Gemeinderat gewechselt. Städte, die erst in den letzten Jahren ein solches Gremium eingeführt haben, wählten gleich die Bestellung durch den Gemeinderat.

Sinn des Partizipationsforums soll es daher unter anderem sein, festzustellen, welche Form der Bestellung des Ausländerrates / Migrationsrates gewählt werden soll, um eine höchstmögliche kommunale Vertretung und politische Partizipation in Heidelberg zu gewährleisten.

Das Partizipationsforum Heidelberg soll für alle Mitglieder des Ausländerrates / Migrationsrates, des Gemeinderates sowie der Bezirksbeiräte offen sein und vor allem den Migrantenselbstorganisations-Vereinen und Einzelpersonen die Gelegenheit geben, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Der Diskussionsprozess des Partizipationsforums ist ergebnisoffen. Das Ziel soll es sein, einen möglichst breit diskutierten und breit akzeptierten Vorschlag zur Bestellung eines Ausländerrates / Migrationsrates für die Stadt Heidelberg zu erarbeiten. Dabei sollen verschiedene Modelle der Bestellung eines Ausländerrates / Migrationsrates vorgestellt sowie die Vor- und Nachteile abgewogen werden.

### **Vorgehen:**

Die Stadtverwaltung beabsichtigt, den sehr umfangreichen Verteiler der Gruppen und Organisationen, die am kommunalen Integrationsplan mitgearbeitet haben, als Grundlage für die Einladungen des Partizipationsforums zu nutzen. Die Sitzungen des Partizipationsforums sollen öffentlich sein. Geplant ist die Durchführung von drei Workshops im Februar, April und Mai 2013. Danach sollen ein Abstimmungsgespräch und die Vorbereitung eines Entscheidungsvorschlags im Juni / Juli 2013 erfolgen. Nach den Sommerferien 2013 soll dann eine Beschlussvorlage in den Gemeinderat eingebracht werden.

Diese Vorlage soll einen Vorschlag enthalten, der im Ausländerrat / Migrationsrat, den entsprechenden Fachausschüssen und im Gemeinderat diskutiert werden soll. Dabei soll ein Verfahren vorgeschlagen werden, wie der Ausländerrat / Migrationsrat 2014 zustande kommen soll. Der Diskussionsprozess ist ergebnisoffen, das heißt, sowohl die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens einer Urwahl, einer reinen Briefwahl als auch das von anderen Städten praktizierte Verfahren einer Bestellung sollen in ihren Vor- und Nachteilen gegeneinander abgewogen werden. Ziel des Vorschlages soll es sein, eine Struktur zu finden, die eine höchstmögliche Repräsentanz der Menschen mit Migrationshintergrund in der kommunalpolitischen Diskussion und damit auch die bestmögliche Partizipation dieser Personengruppe von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg gewährleistet.

Das Partizipationsforum soll durch Herrn Bülent Arslan und Frau Evelyn Caccio, imap GmbH, geleitet und moderiert werden. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Anlage A 011 dieser Vorlage.

Im Vorfeld des ausgewählten Angebots sind insgesamt drei Angebote bei der Stadt Heidelberg eingegangen (siehe Anlage A 02). Die Agentur imap GmbH bietet durch ihre herausragende Kompetenz im Bereich der Arbeit mit Ausländer- und Migrationsräten die höchstmögliche Gewähr einer breiten Akzeptanz und einer zielführenden Diskussion.

Durch die Moderation eines externen Instituts, das in der Arbeit mit Ausländer- und Migrationsräten erfahren ist, ist gewährleistet, dass dieser Diskussionsprozess zielführend und erfolgreich sein kann.

## **2. Finanzierung**

Nach dem Angebot von imap GmbH vom 12.09.2012 betragen die Honorarkosten 9.710,40 Euro. Hinzukommen noch Reisekosten und ein mögliches zusätzliches Leistungsmodul in Höhe von 850,00 Euro, so dass wir von einer Gesamtsumme von 11.260,40 Euro ausgehen. Diese Mittel sind bisher nicht im Haushalt vorgesehen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 11.300,00 Euro werden in Verwaltungszuständigkeit überplanmäßig im Budget des Amtes für Chancengleichheit bereitgestellt.

Die Anlagen A 01 und A 02 können aus vergaberechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

gezeichnet

Wolfgang Erichson